

Vor 50 Jahren: Bad Lippspringe bekommt ein neues Rathaus

Von Klaus Karenfeld

Die Ortschronik der Jahre 1949/50 durchzieht die anhaltend ernste Sorge der Bad Lippspringer um die Zukunft ihrer Heimatstadt. Ein unverändert schwerwiegendes Problem, dem sich die örtlich Verantwortlichen in Politik und Verwaltung bereits seit Ende des Krieges gegenüber sahen, war die Wohnungsnot. Zwischen 1938 und 1949 – in einem Zeitraum von elf Jahren also – wuchs die Zahl der hier registrierten Einwohner von 5.800 auf 9.200 rapide an; darunter waren rund 1000 Kriegsevakuirte, Flüchtlinge und Vertriebene.¹ Verschärft wurde die allgemeine Wohnraumsituation noch dadurch, dass die britische Besatzungsbehörde seit 1945 neben den Kurparks auch zahlreiche Häuser (zumeist moderne) für sich beanspruchte und deren Freigabe nicht in Sicht war. Auf der politischen Prioritätenliste stand deshalb die Ausweisung neuer Wohngebiete an oberster Stelle. So wurde 1949 mit der Besiedlung des Areals zwischen der heutigen Vom-Stein-Straße, Dr. Pieper-Straße und Vorderflöß begonnen und dort in einem ersten Schritt 50 Siedlungshäuser errichtet.²

In diese erste konkrete Phase des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg fällt auch die als mutig zu bezeichnende Entscheidung der Stadt Bad Lippspringe, ein neues Rathaus zu bauen. Die Initiative dazu war vom damaligen Stadtdirektor Dr. Leo Klose (1947–1951) und seinem Vertreter, Stadtoberinspektor Konrad Finke, ausgegangen. In einer zehnteiligen Denkschrift³, die der Verwaltungsleiter am 21. Januar 1949 den 16 Ratsmitgliedern vorlegte, begründete er eingehend Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des kommunalen Großbauprojekts. Als wenig einladend, um nicht zu sagen unerträglich, bezeichnete Klose die zunehmende räumliche Enge im bestehenden Rathaus, das seit 1921 im ehemaligen Pensionshaus Fischer (Mühlenberg 5/An der Lippequelle) untergebracht war. Dieses Gebäude sei weder eine „Zierde“ der Stadt, noch werde es – angesichts der beengten Verhältnisse – den Ansprüchen und Erfordernissen einer bürgerfreundlichen Verwaltung gerecht. In diesem Zusammenhang erinnerte der Stadtdirektor an die explosionsartig gestiegenen Einwohnerzahlen in den vergangenen Jahren. Erheblich ausgeweitet wor-

den sei der Arbeitseinsatz der örtlichen Stadtverwaltung aber durch die Aufnahme einer beträchtlichen Zahl von Kriegsevakuirten, Flüchtlingen und Vertriebenen in Bad Lippspringe. Die Stadt habe sich deshalb bereits gezwungen gesehen, drei Dienststellen in das Haus Burgstr. 10a auszugliedern, und zwar das Bau-, Wohnungs- und Ernährungsamt. Diese Notlösung sei auf Dauer inakzeptabel, da sie einem gut funktionierenden Verwaltungsbetrieb entgegen stehe.

Konkrete Gedanken hatte sich Dr. Klose auch zum möglichen Standort eines neuen Rathauses gemacht. Es gebe realistisch gesehen nur wenige Optionen bei der Ortswahl. Der Concordia-Platz (Triftstraße) z. B. sei zwar grundsätzlich geeignet, komme als Standort aber nicht mehr in Frage, nach dem der Rat entschieden habe, dort ein neues Schulgebäude zu errichten. Wenig anfreunden konnte sich Dr. Klose auch mit der Überlegung, das alte Rathaus abzureißen und an eben dieser Stelle ein neues zu errichten. Es stelle sich dann nämlich die Frage, in welchen Räumlichkeiten die Verwaltung während der ein- bis anderthalbjährigen Bauphase unterkommen sollte. Zudem sei der Platz nicht zentral gelegen. Wiederholt hätten ihm Ortsfremde bestätigt, dass sie das Bad Lippspringer Rathaus erst hätten suchen müssen. Dagegen erscheine ihm der Friedrich-Wilhelm-Weber-Platz wegen seiner imposanten Größe, Form und Lage als Standort sehr gut geeignet. Der überwiegende Teil der Bevölkerung – so seine Überzeugung – „hätte es dann zweifellos näher zum Rathaus als jetzt.“ Dr. Klose erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die künftige städtebauliche Entwicklung Bad Lippspringes im wesentlichen jenseits der Detmolder Straße liegen werde, und zwar vornehmlich in den Bereichen Vorderflöß und Molkenbänke. Der Friedrich-Wilhelm-Weber-Platz werde spätestens dann im Ortsbild eine ideal zentrale Lage einnehmen.

Im letzten Teil seiner Denkschrift ging Dr. Klose auf die Finanzierungsfrage des ehrgeizigen Projekts ein. Angesichts der nicht einfachen Haushaltslage und der gewaltigen Aufgaben, die auf die Kommune in den kommenden Jahren zukommen würden, sei Sparsamkeit das oberste Gebot der Stunde. Das neue Rathaus dürfe deshalb auch kein „prunkvoller Bau mit Türmchen und dergleichen Zierrat“ werden. Planerisches Ziel sei vielmehr ein „reiner Zweckbau“, der sich einzig und allein an den Erfordernissen einer zeitgemäßen Verwaltung orientiere.

Die Kosten für ein so konzipiertes Rathaus werden in der Denkschrift mit 250.000 bis 300.000 DM veranschlagt. Zur Anschubfinanzierung sollte der zu erwartende Haushaltsüberschuss des Jahres 1948 in Höhe von 100.000 DM verwandt werden. Damit wäre laut Stadtdirektor Dr. Klose bereits ein Großteil der Kosten für die Rohbauarbeiten gedeckt. Jeweils 100.000 DM

sollten in den beiden folgenden Haushalten 1949 und 1950 eingestellt werden.

Bereits am 31. Januar 1949 beschäftigte sich der Haupt- und Finanzausschuss erstmals mit der Frage eines Rathaus-Neubaues⁴. Grundsätzlich unterstützt wurden die Pläne des Stadtdirektors von den Fraktionen der CDU und SPD. Deren Ratsvertreter Heinrich Müller, Adolf Rolf (beide CDU) und Albert Hermanns (SPD) betonten übereinstimmend, dass sich die meisten der von ihnen befragten Bürger eindeutig für ein neues Verwaltungsgebäude ausgesprochen hätten, nur ein geringer Prozentsatz der Einwohner stehe dem Projekt pessimistisch gegenüber. Bedenken äußerte dagegen der Vertreter des Zentrums, Franz Schmidt. Er räumte zwar ein, dass auch aus seiner Sicht Bad Lippspringe ein neues Rathaus benötige. Zu fragen bleibe aber, ob der Zeitpunkt der richtige sei. Es erscheine seiner Meinung nach zweckmäßiger, in der jetzigen Situation die veranschlagten knapp 300.000 DM zur Ankurbelung des örtlichen Wohnungsneubaus zu verwenden. CDU-Ratsherr Heinrich Hölscher machte sich ernsthafte Gedanken über den ins Auge gefassten Standort am Friedrich-Wilhelm-Weber-Platz. Und er erinnerte daran, dass dieser Ort vor wenigen Jahrzehnten noch als Friedhof genutzt worden sei, auf dem Generationen von Vorfahren ihre letzte Ruhe gefunden hätten. Sollte das neue Verwaltungsgebäude – wie auch von ihm favorisiert – tatsächlich genau an dieser Stelle errichtet werden, müsse sichergestellt sein, dass die „vorgefundenen Gebeine in würdiger Form anderweitig beigesetzt werden“.⁵ Nach eingehender Diskussion sprach sich der Haupt- und Finanzausschuss dafür aus, vor einer endgültigen Entscheidung pro oder contra Neubau eines Verwaltungsgebäudes einen Architekten-Wettbewerb ins Leben zu rufen, der mit 1000 DM dotiert sein sollte.

Insgesamt drei detaillierte Entwürfe für ein neues Bad Lippspringer Rathaus lagen dem Bauausschuss am 7. März 1949 zur Beratung vor. Beteiligt hatten sich die Architektur-Büros Rudolf Dustmann (Vlotho), Ernst Knüttel (Paderborn-Alfen) und Carl Vollmer (Bad Lippspringe).⁶ Auch wenn keiner der drei eingereichten Pläne und Baubeschreibungen die Ausschussmitglieder uneingeschränkt überzeugte, verzichtete der Bauausschuss darauf, den Architekten-Wettbewerb neu zu starten. Stattdessen wurde dem Rat der Erst-Entwurf des Paderborner Diplom-Ingenieurs Ernst Knüttel zur Annahme empfohlen. Sein Plan sei besonders zweckmäßig durchgearbeitet, solide in der Form und biete die beste Lösung für einen später erforderlichen Erweiterungsbau.

Ernst Knüttel hatte seinem Entwurf samt Kostenvoranschlag einen detaillierten Erläuterungsbericht vorangestellt.⁷ Bei der Gliederung des Gebäudes war sein Büro von einem I-förmigen Grundriss ausgegangen. Die Hauptfront sollte

demzufolge parallel zur Friedrich-Wilhelm-Weber-Straße verlaufen. Rechtwinkelig zum Hauptgebäude, dem neuen Rathaus also, hatte Ernst Knüttel den großen Sitzungssaal angeordnet. Seine Begründung: „In erster Linie ergibt sich aus dieser Lage eine günstige Besonnung der Arbeitsräume, zweitens ist der Zugangsverkehr von der südlich verlaufenden Bielefelder Straße zu erwarten.“

Zu den Maßen: Das neue Bad Lippspringer Rathaus sollte zur Straßenfront hin eine Länge von 42 Metern haben und eine Tiefe von zwölf Metern. Für den direkt daran anschließenden großen Sitzungssaal hatte Knüttel eine Länge von imposanten 26 Metern vorgesehen.

Zu Aufbau und Gliederung des Gebäudes: Im Untergeschoss des neuen Rathauses sollten Knüttel zufolge neben den notwendigen Kellerräumen nebst Heizungsanlage auch die Hausmeisterwohnung und die Dienststelle der örtlichen Polizei (mit separatem Eingang) untergebracht werden. Untergeschoss und „Hocherdgeschoss“ waren über eine Freitreppe miteinander verbunden. In dieser Etage sollten laut Knüttel die Verwaltungsämter mit der höchsten Besucherfrequenz angesiedelt werden (insgesamt 15 Diensträume) sowie der große und ein kleiner Sitzungssaal. Ebenfalls über eine Freitreppe sollte der Besucher das Obergeschoss des Hauses erreichen, wo die Dienstwohnung des amtierenden Stadtdirektors sowie weitere zehn Diensträume geplant waren.

Wie von ihm gefordert, hatte Ernst Knüttel bei seiner Rathaus-Planung auf eine „schlichte gediegene Gestaltung“ besonderen Wert gelegt, „unter Vermeidung jeden unzeitgemäßen Prunkes“. Eine kleine architektonische Spielerei findet sich dennoch in seinem Entwurf. Es handelt sich dabei um ein „Uhr-türmchen“, das – auf der Mitte des Daches angebracht – bereits von weitem sichtbar sein würde und dem Gebäude eine besondere Note geben sollte. Die Gesamtkosten des ehrgeizigen Bauprojekts bezifferte der Paderborner Diplom-Ingenieur auf stolze 356.000 DM.

Am 18. März 1949 fielte der Rat vier Grundsatzentscheidungen: Bei nur zwei Gegen-Stimmen und einer Enthaltung wurde zunächst dem beabsichtigten Bau eines neuen Rathauses mit großer Mehrheit zugestimmt. Ebenso einmütig entschieden sich die Ratsmitglieder für den Friedrich-Wilhelm-Weber-Platz als Standort. Mit der Bauplanung beauftragten sie bei nur einer Stimm-Enthaltung das Architektur-Büro Knüttel. Und schließlich erklärte sich der Rat mit dem von Stadtdirektor Dr. Klose vorgelegten Finanzierungskonzept einverstanden (siehe oben).⁸ Da die von Knüttel ermittelten Baukosten um mindestens 50.000 DM höher lagen als verwaltungsseitig zunächst geplant, wurde zwischen Architekt und Verwaltung nach sinnvollen Einsparmöglichkeiten gesucht. Ganz offensichtlich mit Erfolg, denn laut Endabrechnung beliefen sich die Gesamtkosten für das ehrgeizige Bauprojekt tatsächlich „nur“ auf 316.723 DM.

Mit den Ausschachtungsarbeiten für das neue Rathaus wurde am 30. Mai 1949 begonnen. Die Grundsteinlegung erfolgte etwa drei Wochen später am 22. Juni. Die Arbeiten gingen zügig voran. Ein Großteil der Gewerke war an ortsansässige Handwerker vergeben worden. So hatte der Bad Lippspringer Bauunternehmer Wilhelm Bensiak den Zuschlag für die Erd-, Maurer-, Putz- und Betonarbeiten erhalten. Sein Kostenvoranschlag war der günstigste und belief sich auf insgesamt 138.000 DM. Zusammen mit zwei anderen Bad Lippspringer Bauunternehmern, Heinrich Hagemeister und Josef Müller, bildete Bensiak eigens für das Bad Lippspringer Rathaus-Projekt eine Arbeitsgemeinschaft.⁹ Am 29. September 1950 schließlich bezog die Bad Lippspringer Verwaltung zeit- und termingerecht ihre neuen Räumlichkeiten am Friedrich-Wilhelm-Weber-Platz. Neben den eigentlichen Verwaltungsdienststellen und der örtlichen Polizei war dort zunächst auch die Allgemeine Ortskrankenkasse sowie die Lohnstelle der Kreisfeststellungsbehörde untergebracht.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Leimenkühler, August, Allgemeine Stadtgeschichte 1945-1990, S. 555-613, hier: S. 561, in: Lippspringe, Beiträge zur Geschichte, hrg. von Stadt und dem Heimatverein Bad Lippspringe, Paderborn 1995.
- 2) Nähere Informationen dazu finden sich im Kapitel „Größenwachstum und Gesichtswandel“ im Buch: Göbel, Walter/Gottesbüren, Fritz/Hagemann, Wilhelm, Lippspringe im 20. Jahrhundert, Bad Lippspringe 1999, S. 41.
- 3) StA Bad Lippspringe, E 167, Rathaus-Neubaus.
- 4) StA Bad Lippspringe, Protokoll Haupt- und Finanzausschuß v. 31. 1.1949.
- 5) Scharf kritisiert wurde der gewählte Standort an der Friedrich-Wilhelm-Weber-Straße auch vom damaligen Badearzt und Orts-Heimatpfleger Dr. med. Carl Dammann. Siehe: StA Bad Lippspringe, E 167. In einem Brief an den Regierungspräsidenten Heinrich Drake vom 9. Mai 1949 bat er diesen, „dem Bürgermeister und Stadtrat aufzugeben, den Neubau des Rathauses auf einem anderen Platz zu errichten“. Ohne Erfolg. Dammann zeigte sich in dem Schreiben empört darüber, dass eine „so herrliche Grünanlage“ einem „so gewaltigen Neubau“ weichen müsse. Zudem sei es „pietätlos“, das anderthalb Morgen große Areal, auf der sich seit 1932 ein Ehrenmal (gewidmet den Gefallenen Söhnen der Stadt) befand, „für andere Zwecke zu missbrauchen“.
- 6) StA Bad Lippspringe, Protokoll Bauausschuß v. 7. 3. 1949.
- 7) Wie Anm. 3.
- 8) StA Bad Lippspringe, Ratsprotokoll v. 18.3.1949. Architekt Carl Vollmer, der sein Büro in der Arminiusstraße 1 in Bad Lippspringe hatte, wurde später (Datum unbekannt) mit der Bauleitung für den neuen Rathausbau beauftragt.
- 9) Siehe Abschrift der anlässlich der Grundsteinlegung angefertigten Urkunde (Rathaus-Neubau), in: StA Bad Lippspringe, E 167.